

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchoer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13008.

**Inserate** kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchoer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Waffenstillstand und Friedensverhandlungen mit Rußland.

### Demokratie oder Diktatur?

Von A. Stein.

Der Artikel des Genossen Stein, den wir als guten Kenner der russischen Verhältnisse schätzen, stellt die Dinge in Rußland wesentlich anders, als wir sie bisher auf Grund unserer allerdings sehr mangelhaften Informationen gesehen haben. Wir fühlen uns verpflichtet, unsern Lesern auch diese Auffassung der Lage vorzulegen. Steins Kritik scheint uns in einigen Punkten etwas zu weit zu gehen — in einer so bewegten und entscheidungsschweren Situation, wie sie die russische Revolution jetzt durchmacht, sind auch harte diktatorische Maßregeln nicht zu entbehren. Sie können freilich auf die Dauer keine feste Grundlage der revolutionären Regierung schaffen. Deshalb halten wir es mit Stein für die dringende Pflicht der Bolschewiki, eine Koalition aller wahrhaft sozialistischen und demokratischen Elemente herbeizuführen.

Die Redaktion.

Als die Bolschewiki Anfang November ihre bewaffnete Erhebung in Petersburg inszenierten, begründeten sie ihr Vorgehen damit, daß nur die Besitzergreifung der politischen Macht durch die Sowjets, d. h. durch die Delegiertenräte der Arbeiter, Bauern und Soldaten, die Einberufung der Verfassunggebenden Versammlung sichern und die Vorbereitungen für ihre fruchtbringende Tätigkeit schaffen könne.

Wir sehen hier davon ab, daß diese Begründung den heftigsten Widerspruch der andern sozialistischen und revolutionär-demokratischen Parteien fand, die darauf hinwiesen, daß eine drei Wochen vor den Konstituante-Wahlen inszenierte bewaffnete Erhebung und ein durch sie ausgelöster Bürgerkrieg die demokratische Front sprengen und das Schicksal der Konstituante gefährden müsse. Tatsächlich sind die verflochtenen Wochen ausgefüllt mit den heftigsten Kämpfen innerhalb der russischen Demokratie, deren Selbstzerfleischung von den Gegnern mit Genugtuung und Schadenfreude begrüßt wird, während die von den Bolschewiki proklamierte „Diktatur des Proletariats und der ärmeren Bauernschaft“, verkörpert in den Sowjets, sich schon in den ersten Tagen nach der Erhebung als Diktatur einer einzigen Partei, der Partei der Bolschewiki, entpuppte.

Die einsichtigen Elemente in dieser Partei erkannten sofort die Unhaltbarkeit einer solchen Position und waren geneigt, den Vermittlungsversuchen des Eisenbahnerverbands und der Internationalisten entgegenzukommen und ein sozialistisch-demokratisches Konzentrationsministerium unter Ausschluß der Zensur-Elemente zu bilden. Die Verhandlungen scheiterten aber schließlich an der Unnachgiebigkeit der führenden Gruppe Lenin-Trotsky in der Bolschewikpartei. (Die Darstellung, die in Nr. 11 des Boten der russischen Revolution, des Stockholmer Organs der Bolschewiki, über diese Vorgänge gegeben wird, steht mit den Tatsachen in direktem Widerspruch.) Dies geht klar hervor aus der Erklärung, mit der der Vorsteher der einzelnen Regierungskomitees, die Volkskommissare Rogin, Anlow, Miskutin, Teodorowitsch, Schulsjapnikow, Njasanow, Derschschew, Arbusow, Jurenow, Jedorow und Larin ihren Austritt aus der Regierung begründeten. In dieser vom 17. November datierten Erklärung heißt es:

Wir sehen auf dem Standpunkte der Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, bestehend aus allen Sowjet-Parteien. Wir sind der Ansicht, daß nur die Bildung einer solchen Regierung die Möglichkeit geben würde, die Kräfte des heldenhaftesten Kampfes der Arbeiterklasse und der revolutionären Armee in den Oktober-November-Tagen zu sichern. Wir sind der Ansicht, daß es außer diesem Wege nur noch einen gibt: die Aufrechterhaltung einer rein bolschewistischen Regierung mit Hilfe des politischen Terrors. Diesen Weg hat der Rat der Volkskommissare beschritten. Wir können und wollen ihm nicht folgen. Wir sehen, daß er zur Ausschaltung der proletarischen Massenorganisationen von der Leitung des politischen Lebens, zur Einführung eines unverantwortlichen Realismus und zum Ruin der Revolution und des Landes führt. Wir können die Verantwortung für eine solche Politik nicht tragen und legen deshalb vor dem Zentral-Exekutivkomitee das Amt der Volkskommissare nieder.

Gleichzeitig mit dieser Erklärung reichten fünf Mitglieder des Zentralkomitees der Bolschewiki, die Volkskommissare Anlow, Miskutin, Rogin und die nächsten Mitarbeiter Lenins, Kamenev und Snowjew, eine Erklärung an das Zentralkomitee ein, in der sie ihren Austritt mitteilten, weil sie die Politik der leitenden Gruppe dieser Partei als verderblich und verhängnisvoll betrachteten. Schon

am 14. November habe das Zentralkomitee einen Beschluß gefaßt, der in Wirklichkeit jede Verständigung mit den andern Sowjet-Parteien ablehnte. Nach ungeheuren Mühen sei es den Unterzeichnern gelungen, eine Ueberprüfung dieses Beschlusses in einem günstigen Sinne herbeizuführen. „Aber dieser neue Beschluß führte seitens der leitenden Gruppe des Zentralkomitees zu einer Reihe von Handlungen, die deutlich zeigen, daß sie fest entschlossen sei, die Bildung einer Regierung der Sowjet-Parteien zu hintertreiben und um jeden Preis eine rein bolschewistische Regierung aufrechtzuerhalten, welche Opfer das den Arbeitern und Soldaten auch kosten möge.“ Die Unterzeichner lehnten die Verantwortung für eine solche Politik ab, die die Arbeiterklasse der Früchte ihres Sieges berauben müsse, und stellten die Forderung auf, daß unverzüglich auf dem Wege der Verständigung eine Regierung sämtlicher Sowjet-Parteien gebildet werden müsse.

Diese Erklärungen leitender Männer der Bolschewikpartei, denen die wichtigsten Posten in der Regierung und in den Sowjets anvertraut wurden, zeigen deutlich, daß die proklamierte Diktatur des Proletariats und der ärmeren Bauernschaft ausschließlich ausgeübt ist in die Diktatur einer Gruppe der Bolschewikpartei, die die Leitung der Bewegung an sich gerissen hat. Die gesamte innere und äußere Politik der Regierung Lenin-Trotsky, über deren Charakter noch mancherlei zu sagen sein wird, ergibt sich zwangsläufig aus dieser Diktatur, deren Basis mit jedem Tage immer enger wird. Wie sehr sie aber aller Vernunft, aller Zweckmäßigkeit, allen Grundgesetzen der Demokratie und des Sozialismus ins Gesicht schlägt, ergibt sich aus folgendem leidenschaftlichen Protest, den das Mitglied der bolschewistischen Fraktion des Zentral-Exekutivkomitees A. Dosowski (einer der nächsten Pariser Mitarbeiter Trotskys) am 17. November veröffentlichte. In dieser Erklärung heißt es:

Ich erachte es nicht für möglich, im Namen der Parteidisziplin zu schweigen, wenn ich erkenne, wenn ich mit allen Fibern meiner Seele fühle, daß die Politik des Zentralkomitees (der Bolschewiki) zur Isolierung der Noantgabe des Proletariats, zum Bürgerkrieg in den Reihen der Arbeiterklasse und zur Niederlage der großen Revolution führt.

Ich kann nicht im Namen der Parteidisziplin schweigen angesichts der Vernichtung der andern denkenden Presse, der Hausdurchsuchungen, willkürlicher Verhaftungen und Verfolgungen, die ein dumpfes Murren der Bevölkerung hervorrufen und bei den arbeitenden Massen die Vorstellung erwecken, daß Regime des Bajonettts und des Säbelts sei eben jene Diktatur des Proletariats, die von den Sozialisten im Laufe vieler Jahrzehnte gepredigt wurde.

Ich kann nicht im Namen der Parteidisziplin schweigen, wenn einer der Volkskommissare den streikenden Beamten droht, er werde sie an die Front senden, und wenn er von den Post- und Telegraphenbeamten und Arbeitern Unterordnung verlangt mit der Drohung, sie würden sonst keine Postkarten erhalten.

Ich kann nicht im Namen der Parteidisziplin schweigen, wenn durch solche Handlungen und Erklärungen das durch blutigen Kampf der Arbeiter eroberte Koalitionsrecht aufgehoben wird, das zweifellos auch bei der sozialistischen Ordnung erhalten bleiben wird, als Recht, durch Arbeitseinstellung, seine politischen und wirtschaftlichen Forderungen durchzusetzen.

Ich kann nicht im Namen der Parteidisziplin schweigen, wenn das militär-revolutionäre Komitee ohne Kontrolle über die Schicksale des Landes verfügt, wenn es phantastische Dekrete über Innenmegerichte erläßt und sich in die Verwaltung des Landes einmischt.

Ich kann nicht im Namen der Parteidisziplin schweigen, wenn die dumpfe Unzufriedenheit der Arbeitermassen vertuscht, die für die Macht der Sowjets gekämpft haben, die sich jetzt, dank einer ihnen unverständlichen Kombination als eine rein bolschewistische Macht entpuppt hat.

Ich kann nicht im Namen der Parteidisziplin schweigen, wenn Marxisten, entgegen aller Vernunft und den Elementen zum Trotz, mit den objektiven Verhältnissen nicht rechnen wollen, die ihnen angesichts der drohenden Gefahr des Zusammenbruchs eine Verständigung mit allen sozialistischen Parteien und die sofortige Einstellung des Kampfes innerhalb der revolutionären Demokratie zum gemeinsamen Kampf gegen Kaledin (das Haupt der Gegenrevolution) zur Pflicht machen.

Ich kann schließlich nicht im Namen der Parteidisziplin schweigen, wenn jeder Tag des Kampfes an der inneren revolutionär-demokratischen Front die Spaltung in der Arbeiterklasse vertieft, den Kampf gegen die Konterrevolution erschwert und die Revolution — und zugleich mit ihr das russische Reich — dem unvermeidlichen Zusammenbruch entgegenführt.

Nach der Veröffentlichung dieses Protestes, der die tiefe Unzufriedenheit führender Kreise der Bolschewik-Partei

mit der Diktatur Lenin-Trotsky, zugleich aber auch die ganze furchtbare Tragik der jetzigen Lage in Rußland grell beleuchtet, sind etliche Wochen vergangen, ohne daß das Gebot der Stunde: der Zusammenschluß der revolutionär-demokratischen Front, verwirklicht worden wäre. Vielmehr lassen manche Anzeichen darauf schließen, daß die herrschende Richtung ihre Diktatur mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten gedenkt. Schon sind die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen städtischen Dumas in Petersburg und Moskau von der Regierung aufgelöst worden. Immer häufiger ertönt in der Presse der Bolschewiki und in den Reden ihrer Führer die Drohung, auch die Konstituante werde aufgelöst werden, wenn ihre Zusammensetzung den Wünschen der Bolschewiki nicht entsprechen sollte, und den Erlaß des Zentral-Exekutivkomitees vom 7. Dezember, wonach den Räten eines jeden Wahlbezirks das „Recht“ erteilt wird, auf Einspruch hin neu wählen festzusetzen, beweist klar, daß die Regierung Lenin-Trotsky auch davor nicht zurücksteckt, in der unzulässigsten Weise in das Wahlverfahren einzugreifen, um sich in der Konstituante eine Mehrheit zu sichern. Das ist der Weg, der in den Abgrund führt. Rein noch so wichtiges angebliches „revolutionäres Interesse“ könnte eine derartige Politik rechtfertigen, die die Methoden Stalypins neu aufleben läßt. Der Zweck und das Ziel der russischen revolutionären Bewegung war seit Jahrzehnten die Einberufung einer Konstituante, die die Demokratie in Rußland verwirklichen soll. Wenn jetzt aber eine zeitweilig ans Ruder gefangene Partei, deren große Verdienste um die Mobilisierung der revolutionären Kräfte des Proletariats keineswegs geleugnet werden sollen, ihre Diktatur dadurch aufrecht erhalten will, daß sie den Grundgesetzen der Demokratie ins Gesicht schlägt, wenn ihre führende Gruppe jetzt, von sektiererischem Machtdünkel getrieben, sich berechtigt glaubt, die Konstituante zu fälschen oder gar zu sprengen, so vernein ich auch die letzte Möglichkeit, einen Ausweg aus den inneren Wirren in Rußland zu finden.

Das internationale Proletariat kann nicht wünschen, daß die revolutionäre Bewegung in Rußland eine so verhängnisvolle Wendung nimmt, die alle an sie geknüpften Hoffnungen vernichten würde. (Bz.)

### Eine Frage an die deutsche Regierung

„Weitere Schritte sind von deutscher Seite nicht erfolgt,“ nach und armelich stehen diese Worte am Schluß des W. L. V.-Berichts über das deutsche Friedensangebot im September. Das heißt, daß die deutsche Regierung, nachdem sie die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß England eine unmittelbare Besprechung eines deutschen Vertrauensmannes nicht zu ermöglichen gedenke, die Sache fallen ließ.

Handelte es sich um eine minderwichtige Angelegenheit, an der Deutschland kein größeres Interesse hätte; so ließe sich die etwas merkwürdige Art, mit der die so lose geknüpften ersten Beziehungen abgebrochen wurden, verstehen. Es ging jedoch um das Glück von Hunderttausenden, um das höchste Gut, das die Menschheit besaß und seit dem August 1914 verloren hatte, und deshalb können wir uns mit den kargen Worten der Wolff-Meldung nicht zufrieden geben. Wir haben das Recht und die Pflicht, Ausschluß zu erlangen darüber, was nach Ansicht der deutschen Regierung die Auffassung erlaubt, daß England nicht tat, um „eine unmittelbare Beantwortung der Anfrage zu ermöglichen“. Lord Balfour behauptet, nichts weiter von Deutschland erfahren zu haben, als daß es bereit sei, eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Dieses durch eine neutrale Macht übermittelte Angebot habe England dahin beantwortet, daß es bereit sei, die Mitteilung entgegenzunehmen und mit den Verbündeten zu beraten. Hat die deutsche Regierung diese Antwort erhalten?

Darauf kommt es zunächst an. Wenn die deutsche Regierung von der englischen Antwort in Kenntnis gesetzt worden war, so hätte es unsres Erachtens am nächsten gelegen, auf der Erklärung stehend Vorschläge über die Art der Uebermittlung zu machen. Das scheint nicht geschehen zu sein, man schloß, daß England nicht direkt, sondern indirekt verhandeln wolle. Auf diesen Plan glaubte die Regierung nicht eingehen zu sollen, obgleich uns scheint, daß es noch immer hundertmal wertvoller gewesen wäre als das Abbrechen aller Vorverhandlungen.

Aber vor allen Dingen: uns fehlen die Gründe, auf die sich die Annahme der deutschen Regierung stützt. Wir müssen diese